

# Der Europäische Einigungsprozess am Scheideweg

■ ULRIKE LUNACEK

Die Flüchtlingsfrage ist zu einem Lackmus-Test für den Europäischen Einigungsprozess geworden.

Wir stehen am Scheideweg: an den Antworten auf diese Frage wird sich die Zukunft und vor allem der Integrationsgrad der EU entscheiden. Eine aktuelle EU-weite Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass eine große Mehrheit (79%) der EU-Bevölkerung für eine gemeinsame Lösung und faire Verteilung von Flüchtlingen sowie eine gerechte Verteilung der damit einhergehenden finanziellen und integrationspolitischen Belastungen eintritt.

## Mehrheit will faire Verteilung der Flüchtlinge

87 Prozent der Befragten in allen 28 Mitgliedstaaten sprechen sich für eine gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen aus. 69 Prozent unterstützen die Forderung, dass die Staaten, die sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlingsfrage entziehen, weniger Geld aus der EU-Kasse erhalten.

Und sogar in Ländern wie Polen, Tschechien, Bulgarien oder Rumänien befürwortet eine Mehrheit von 54 Prozent die faire Verteilung der AsylbewerberInnen!

Doch das genaue Gegenteil passiert: Erst wenige Hundert Personen von den beschlossenen 160.000 Flüchtlingen sind nach dem vereinbarten Schlüssel verteilt worden. Angeführt von Einpeitschern wie dem ungarischen Premier Orbán und den Regierungen der anderen Visegrad-Staaten wurde anstatt eines Domino-Effekts bei der Lastenverteilung eine Grenzzaun- und Abschottungspolitik sowie eine Schikanen-Spirale gegenüber Flüchtlingen in Gang gesetzt. Mittlerweile wird diese sogar von der österreichischen Regierung kräftig mitgedreht – mit fatalen Auswirkungen für die

gestrandeten Flüchtlinge in Griechenland.

Mit Zäunen und Obergrenzen wird man das Problem nicht lösen können. Es braucht eine europäische Lösung – alles andere wird nur die Probleme weiterschieben, aber nicht in den Griff bekommen! Denn nationale Alleingänge verschärfen gerade den Effekt, den wir am wenigsten brauchen können: die Entsolidarisierung in der EU. Länder, die unsolidarisch vortreten, können keine Solidarität von den anderen einfordern. Dies erschwert gemeinsame, europäische Lösungen.

## EU-Rat hat versagt

Es ist auch nicht richtig, die Schuld jetzt an die EU weiterschieben zu wollen: Die Darstellung der österreichischen Regierung, dass „die EU nicht handelt“ und deshalb nationale Alleingänge notwendig sind, ist falsch. Nicht die EU, sondern nationale Regierungen haben „versagt“. Die EU-Kommission hat zentrale Gesetzesvorschläge gemacht (Flüchtlingsaufteilung, Außengrenzschutz, etc). Und das Europäische Parlament hat diese Initiativen im beschleunigten Verfahren beschlossen. Erst im Rat ist es zur Blockade gekommen. Der Rat hat aufgrund von Egoismus und Blockaden einzelner Mitgliedsländer versagt und damit die gesamte EU handlungsunfähig gemacht.

Die Forderungen sind seit Monaten die gleichen – weil sie richtig und unumgänglich sind: Wir brauchen eine Gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik zur Ursachenbekämpfung (Fluchtgründe Krieg/Hunger) anstatt dem Entwerfen von Abschottungsstrategien; wir brauchen die lückenlose Umsetzung der bereits getroffenen Beschlüsse durch alle Mitgliedsstaaten, vor allem eine solidarische Flüchtlingsauf-



Ulrike Lunacek ist Vizepräsidentin des Europaparlaments, Delegationsleiterin der österreichischen Grünen, Kosovo-Berichterstatterin und Ko-Vorsitzende der LGBT-Intergroup sowie im Vorstand der Single Seat Steering Group im EP.

■ Der Rat hat aufgrund von Egoismus und Blockaden einzelner Mitgliedsländer versagt und damit die gesamte EU handlungsunfähig gemacht.

teilung; wir brauchen einen funktionierenden Außengrenzschutz, damit die offenen Binnengrenzen garantiert bleiben; und nicht zuletzt brauchen wir mehr Unterstützung in den Flüchtlingslagern vor allem in den Krisengebieten und last but not least auf keinen Fall least sichere und legale Einreisewege für Flüchtlinge.

Die heute aktiven Politikerinnen und Politiker sind alle Kinder des 20. Jahrhunderts. Deswegen muss gerade von dieser Generation gefordert werden, dass sie eine der zentralen historischen Lehren dieses für Europa so blutigen Jahrhunderts nicht leichtfertig aufs Spiel setzen: Wir dürfen mit dem Asylrecht, mit der Genfer Flüchtlingskonvention, mit dem Völkerrecht nicht leichtfertig umgehen. Das gilt besonders für Österreich: Ein Land, das eines der Sitzländer der UNO ist, darf sich über die grundlegendsten Regeln der Vereinten Nationen nicht mir nichts dir nichts hinwegsetzen.

### Nationalismus bedroht EU in ihren Grundfesten

Diese Geringschätzung von fundamentalen Prinzipien bringt mich zu einem weiteren Thema, das derzeit die EU in ihren Grundfesten erschüttert. Es sind das die rechtsstaatlich schwer bedenklichen nationalistischen politischen Entwicklungen in EU-Staaten wie seit dem jüngsten Regierungswechsel in Polen oder seit Jahren in Ungarn oder in der Berlusconi-Ära in Italien. Ich habe es deswegen sehr begrüßt, dass die EU-Kommission der polnischen Regierung im Jänner mit einem Rechtsstaats-Verfahren die Rute ins Fenster gestellt hat. Die EU versteht sich vor allem auch als Rechts- und Wertegemeinschaft. Gerade nach den Erfahrungen mit Ländern wie Ungarn oder Italien ist es richtig, dass die Kommission den Entwicklungen in Polen nicht tatenlos zusieht. Der Zusammenhalt der EU ist gefährdet, wenn die Abkehr von demokratischen Prinzipien toleriert wird.

Für die Zukunft brauchen wir einen funktionierenden Mechanismus zur Überwachung aller Grundwerte: Bereits mehrmals hat das Europäische Parlament die Einführung einer „Kopenhagen“-

Kommission samt Frühwarnmechanismus gefordert. Dieser „Weisenrat“ aus Expertinnen und Experten sollte bei Übertretungen im Grundrechtsbereich schnell und effektiv eingreifen und damit die als „Kopenhagen-Dilemma“ bezeichnete Selbstfesselung der Union bei der Bekämpfung von Verletzungen europäischer Grundwerte überwinden. Das Artikel-7-Verfahren ist dafür zu langsam und zu schwerfällig.

Zudem plädiere ich seit langem schon für die Formierung eines „Peer review“-Verfahrens nach Vorbild der OECD im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Gruppen von Menschenrechts- und Justiz-ExpertInnen bzw. -PraktikerInnen aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten sowie der europäischen Ebene sollen dabei rotierend die Grundrechte-Situation in anderen Mitgliedsländern verfolgen und mit Rat, Tat, gegebenenfalls Kritik oder auch mit Best-practice-Beispielen Unterstützung anbieten. Das könnte auch ein Heilmittel gegen die allseits bekannte Reaktion „Brüssel/die EU ist gegen uns“ sein. Und damit würde ein kontinuierlicher Prozess zum Schutz und Ausbau von Grundrechten in der EU geschaffen, der der Überzeugung geschuldet ist, dass die EU nur dann weltweit eine überzeugende Menschenrechtspolitik verfolgen kann, wenn sie ihre Grundsätze innerhalb der eigenen Mitgliedsstaaten umsetzt.

### Brexit ist noch nicht vom Tisch

Diese Grundsätze werden zudem in der aktuellen Brexit-Diskussion in Frage gestellt. Nachdem sich die EU-Gipfelnebel gelichtet haben, zeigt sich: Obwohl die EU drauf und dran ist, Herzstücke des europäischen Projekts den Begehrlichkeiten Londons zu opfern, hält sich die Begeisterung über Camerons Raubzug in UK und in Brüssel in Grenzen. Der Ausgang des für Juni angekündigten Referendums ist nach wie vor ungewiss, der Brexit noch lange nicht vom Tisch. Ich wage zu sagen, niemand in der EU möchte, dass Großbritannien die EU verlässt. Das ist im Interesse aller EU-Mitgliedsstaaten. Allerdings nicht um jeden

Preis. Die Europäische Union ist mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, egal ob sie die Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt oder die Umwelt betreffen, sind gemeinsam viel besser zu bewältigen. Davon sollten sich die britischen Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Entscheidung leiten lassen. Aber der Reformprozess der Europäischen Union darf nicht mit diesem Referendum enden. Wir müssen die Europäische Union sozialer, demokratischer und ökologisch nachhaltiger machen. Deswegen wird auch das Europäische Parlament sehr genau darauf achten, dass mit dem Cameron-Deal nicht ein genereller EU-Ausverkauf in Gang gesetzt wird. Aus der Extrawurst für Großbritannien darf und wird kein – um beim Bild zu bleiben – Würstregal für andere Mitgliedsstaaten geschaffen werden, in dem

sie je nach Belieben und auf die eigenen Vorteile gerichtet auswählen können, was ihnen an EU-Recht gelegen oder ungeliebt kommt.

Die EU ist kein Fleischhauer, wo man auf die Frage „Darf’s ein bissl mehr sein?“ je nach Heißhunger oder der Angst vor zu viel Kalorien einmal mit Ja, einmal mit Nein antwortet. Die EU war und ist das aus Krieg und Zerstörung geborene Einigungsprojekt eines Kontinents zur Friedens- und Wohlstandssicherung.

Eine gemeinsame und solidarische Union lässt sich mit nationalen Egoismus nicht bauen. In der EU gilt das Fahrradprinzip: entweder in die Pedale treten oder umfallen. Die Krisen zeigen, dass wir alle mehr in die europäischen Pedale treten müssen, damit Europa nicht um- und zerfällt, nicht stehen bleibt, sondern weiterfährt! ■

■ Ein Land, das eines der Sitzländer der UNO ist, darf sich über die grundlegendsten Regeln der Vereinten Nationen nicht mir nichts dir nichts hinwegsetzen.

## Herausforderungen in Chancen verwandeln

### Eine islamische Perspektive

■ MOHAMED BASSAM KABBANI

#### Flüchtlingsschwellen

Fliehend aus vielen Krisenregionen der islamischen Welt und in Sehnsucht nach Sicherheit, Freiheit und nicht zuletzt nach Wohlstand begeben sich Tausende Menschen mit muslimischer Mehrheit auf eine gefährliche Reise mit dem Ziel Europa. Für sie verkörpert Europa diese Werte und steht in keinerlei Hinsicht im Widerspruch mit ihrer Weltanschauung.

Mit dem Fußmarsch einiger tausend Flüchtlinge aus Budapest nach Wien Anfang des letzten Sommers auf dem Weg nach Österreich, Deutschland und vielen anderen EU-Staaten belegt die Asylfrage eine wichtige Position an der Tagesordnung vieler Staaten. EU-Treffen und Gesetzesänderungen sind die Folgen.

Die rechtspopulistischen Parteien Europas nehmen diese Flüchtlingsschwellen wieder

als Anlass, ihre ausländerfeindliche bzw. antimuslimische Politik zu rechtfertigen. Einen Generalverdacht gegen alle Muslime zu erwecken, inklusive der seit Generationen in Europa etablierten Communities, ist ihr Ziel. Angst unter den Einheimischen zu schüren, ist ihre Methode. Mit Gewissheit kann man die Aussagen vieler Politiker dieses Lagers als rassistisch und nicht vereinbar mit den europäischen Werten bezeichnen. Diese müssen sich zu den europäischen Werten neu bekennen und nicht die Flüchtlinge!

#### Das Projekt Europa

Die wichtige Frage im Zusammenhang mit dem Projekt Europa besteht darin, ob es sich dabei um ein Projekt nur für Europäer handelt oder auch für andere Regionen unserer



Mohamed Bassam Kabbani: Studium Islam- u. Religionswissenschaft. Akademischer Leiter des Privaten Hochschullehrgangs für islamische Religionspädagogische Weiterbildung. Lektor am Institut für Orientalistik an der Universität Wien.